

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Juli 2022
– Drucksache 17/2857**

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Erste Bewertung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas durch die Europäische Kommission COM(2022) 404 final (BR 282/22)

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Juli 2022 vom 7. Juli 2022 –
Drucksache 17/2857 – Kenntnis zu nehmen.

13.7.2022

Der Berichterstatter:

Josef Frey

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Staatsministeriums, Drucksache 17/2857, in seiner 13. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 13. Juli 2022.

Staatssekretär Florian Hassler trug vor, die Konferenz zur Zukunft Europas sei auch am vergangenen Montag in den Gesprächen bei der Einweihungsfeier des Erweiterungsbaus der Landesvertretung Baden-Württembergs in Brüssel immer wieder Thema gewesen. Seines Erachtens habe der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine allen noch einmal den Wert der Europäischen Union vor Augen geführt. Das habe der ukrainische Botschafter in seiner Keynote auf der Einweihungsfeier auch hervorgehoben, in der er sehr eindrucksvoll begründet habe, warum die europäische Perspektive und vor allem die Geschlossenheit der Europäischen Union für ein Land wie die Ukraine so wichtig seien.

Die Präsidentin der EU-Kommission, Frau von der Leyen, habe bei der Abschlussveranstaltung der Zukunftskonferenz am 9. Mai 2022 gesagt, dass mit Blick auf den russischen Angriff das Unvorstellbare wieder auf unseren Kontinent zurückgekehrt sei und sie daraus den Schluss ziehe, dass die EU sich nach vorn entwi-

Ausgegeben: 19.7.2022

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

ckeln müsse; denn Stillstand sei in so einer Situation Rückschritt. Das habe sie am Montag in dem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und ihm noch einmal wiederholt. Sie habe bekräftigt, wie wichtig es sei, jetzt die nächsten Schritte in der Übersetzung der Zukunftskonferenz zu gehen. Diesbezüglich habe sie um die Unterstützung des Landes geworben. Sie habe die Rolle Baden-Württembergs noch einmal hervorgehoben. In diesem Zusammenhang werde immer darauf hingewiesen, dass Baden-Württemberg mit seinem Europadialog 2017 die Blaupause bei den Bürgerdialogen geliefert habe.

Zum zentralen Element der Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union habe die Konferenz zur Zukunft viele Vorschläge gemacht. Der Abschlussbericht der Konferenz enthalte einen umfangreichen Katalog von 49 Empfehlungen mit vielen Einzelmaßnahmen. Der Landtag von Baden-Württemberg habe in einer Entschließung u. a. gefordert, dass die Empfehlungen ernsthaft geprüft werden müssten.

Seines Erachtens habe die Kommission mit der vorliegenden Mitteilung den ersten Schritt gemacht. Es sei sehr transparent dargestellt, was übernommen worden sei. Da habe es immer wieder Vorwürfe in Richtung Brüssel gegeben. Er erachte die Aufteilung der Vorschläge in die vier verschiedenen Kategorien für sinnvoll. Es sei zu sehen, in welchen Bereichen bereits Vorschläge bzw. Initiativen vorlägen, wo was in Planung sei und wo aus Sicht der Kommission aufgrund der Empfehlungen der Zukunftskonferenz jetzt zusätzliche Initiativen notwendig wären.

Neben den großen Themen seien im Abschlussbericht der Kommission interessanterweise auch etwas disruptive Ideen aufgegriffen worden wie beispielsweise die Mehrwertsteuerbefreiung für grenzüberschreitende Eisenbahnfahrkarten oder Maßnahmen zur Begrenzung der Lichtverschmutzung.

Seines Erachtens könne jetzt der Teil der Empfehlungen angegangen werden, der die Gesetzgebung in Brüssel betreffe. Bei den Fragen der institutionellen Reformen habe er vor allem beim Thema „Qualifizierte Mehrheit“ den Eindruck, dass die Kommission etwas zurückhaltend sei, was auch mit den Mehrheitsverhältnissen im Rat zusammenhänge. Da hätte er sich etwas mehr Mut gewünscht. Inwieweit die Passerelle-Klauseln, die Überleitungsklauseln zur qualifizierten Mehrheit, funktionierten, sei abzuwarten. Er habe diesbezüglich zumindest eine Restskepsis, weil es für den Übergang zur qualifizierten Mehrheit Einstimmigkeit brauche.

Dagegen sei das Europäische Parlament nach seinem Eindruck sehr offensiv damit umgegangen. Auch die Bundesregierung habe sich für Vertragsänderungen ausgesprochen. Das sei explizit auch die Position in Baden-Württemberg. Nach seinem Dafürhalten sollte der Weg dahin ein Konvent sein. Er verschließe sich aber auch nicht anderen Wegen. Wenn kein Konvent zustande komme, sollten die Veränderungen trotzdem vertraglich angegangen werden. Seines Erachtens sei hier noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Er werde am Sonntag in einem Gespräch mit der Außenministerin die im Europäischen Rat zu leistende Überzeugungsarbeit noch einmal zur Sprache bringen.

Im Übrigen sei es erfreulich, dass die Bürgerdialoge, die im Rahmen der Zukunftskonferenz eingesetzt worden seien, nun auch sehr prominent in das Abschlussdokument aufgenommen worden seien. Er habe sich immer für das Instrument der Bürgerdialoge eingesetzt. Auch der Bundesrat und der Ausschuss der Regionen hätten sich entsprechend klar positioniert. Dass die Kommission dieses Instrument jetzt dauerhaft etablieren wolle, sei aus Sicht der Landesregierung sehr zu begrüßen. Frau Staatsrätin Bosch habe sich am 11. und 12. Juli in Brüssel in einer Reihe von Gesprächen dazu mit der Kommission noch mal ausgetauscht.

Unterm Strich bleibe für ihn ein positives Fazit von dieser Mitteilung. Er werde den Folgeprozess weiterhin sehr intensiv begleiten. Es sei wichtig, da am Ball zu bleiben.

Vorsitzender Willi Stächele merkte an, möglicherweise führe der schreckliche Krieg in der Ukraine jetzt zu einem neuen Schub im Hinblick auf die Umsetzung der Empfehlungen. Er gebe auch die Hoffnung nicht auf, dass es vielleicht doch einmal einen Konvent geben werde.

Abg. Josef Frey GRÜNE dankte Herrn Staatssekretär Hassler für die Unterrichtung und wies auf die informative Broschüre hin, die das Staatsministerium zu den Beiträgen des Landes zur Konferenz zur Zukunft Europas herausgegeben habe.

Es sei begrüßenswert, dass der Punkt „Initiativrecht für das Europäische Parlament“ prominent aufgenommen worden sei, wobei die Kommission diesen Vorschlag eher mit spitzen Fingern angefasst habe. Europa den Bürgern begreiflich zu machen gehe nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger aus den Bürgerforen auch sähen, dass ihre Vorschläge ernst genommen würden. Es gehe ein Stück weit darum, deutlich zu machen, welche Vorschläge von den Bürgerinnen und Bürgern gekommen seien. Da eigne sich die Systematik der nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgerinnen und Bürger hervorragend. Dieses Instrument, das unter der früheren Staatsrätin schon angewandt worden sei, solle jetzt auf EU-Ebene etabliert werden.

In der Broschüre sei schön dargestellt, wie die grenzüberschreitenden und transnationalen Bürgerforen stattgefunden hätten. Die Digitalisierung biete hier neue Möglichkeiten, auch wenn die Bürgerforen zum Teil als Präsenzveranstaltungen durchgeführt worden seien. Dieser Weg könne weiterverfolgt werden. Letztlich gehe es um die Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Europäischen Union.

Seines Erachtens sollte die Umsetzung der Empfehlungen im Abschlussbericht der Konferenz im Blick behalten werden.

Mit Hinweis auf den interfraktionellen Antrag Drucksache 17/1664 vom Januar dieses Jahres zur Zukunftskonferenz regte er an, im Herbst eine Art Follow-up-Antrag einzubringen, um der Kommission zu zeigen, dass es den baden-württembergischen Parlamentariern daran gelegen sei, dass die vielen guten Vorschläge und Ideen aus der europäischen Bevölkerung auch aufgegriffen würden.

Schließlich verwies er noch auf den Beschluss der Landtagspräsidentenkonferenz vom Juni dieses Jahres zum Abschlussbericht der Konferenz zur Zukunft Europas, der bundesweit im Grunde in dasselbe Horn stoße.

Er teilte mit, die Fraktion GRÜNE nehme von der vorliegenden Mitteilung zustimmend Kenntnis.

Vorsitzender Willi Stächele merkte an, in diesem Zusammenhang sei es auch wichtig, die Beschlüsse der letzten Sitzung des Oberrheinrats auf Wiedervorlage zu nehmen und zu verfolgen, wie es bei den Anliegen weitergehe.

Abg. Sabine Hartmann-Müller CDU legte dar, es sei erfreulich, dass der Zukunftskonferenz nach einem turbulenten Start nun eine erfolgreiche Landung gelungen sei. Sie spreche der Landesregierung und der Landtagsverwaltung einen großen Dank aus für die zahlreichen Beteiligungsformate, die auf Landesebene aufgesetzt worden seien.

Es sei wichtig und richtig gewesen, dass sich Baden-Württemberg aktiv an der Zukunftskonferenz beteiligt habe und den Input der vielen Bürgerforen über die Onlinebeteiligungsformate eingebracht habe.

Das Ergebnis zeige, dass die Bürgerinnen und Bürger ein vereintes, demokratisches, aber auch ein handlungsfähiges Europa wünschten. Die Lösungen lägen auf der Hand und seien schon angesprochen worden: die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips, das Initiativrecht des Europäischen Parlaments, das bisher der Europäischen Kommission vorbehalten sei, aber auch die Institutionalisierung eines Spitzenkandidatenprinzips bei der Europawahl.

Sie habe großes Vertrauen, dass die Kommission die angestoßenen Prozesse ambitioniert fortsetze. Im Übrigen sei es möglich, über 90 % der Vorschläge aus der Bürgerschaft ohne eine Verfassungsänderung in die Zukunftskonzepte der Europäischen Union einfließen zu lassen. Dass es von der Erfassung zum Handeln komme – die Handlungsfähigkeit –, sei ein ganz wichtiger Aspekt. Dabei sei absehbar, dass Vertragsänderungen nicht einfach durchzuführen seien. Doch sei es möglich, bei den 90 % anzufangen und diese erfolgreich umzusetzen. Denn alle seien an einer Weiterentwicklung der Demokratie in Europa interessiert.

Auch die CDU-Fraktion nehme von der Mitteilung zustimmend Kenntnis.

Abg. Nicolas Fink SPD brachte vor, seines Erachtens könne von einer erfolgreichen Landung noch keine Rede sein. Vielmehr sei man noch mitten im Flug. Dass nun eine erste Bewertung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas vorliege, könne positiv stimmen. Von einer erfolgreichen Landung könne aber erst dann gesprochen werden, wenn die Empfehlungen konkret umgesetzt würden.

Er könne sich den Ausführungen von Herrn Staatssekretär Hassler, insbesondere auch zum Thema Einstimmigkeit, anschließen. Auch er teile die Sorge hinsichtlich der Umsetzung der Empfehlungen. Viele Bürgerinnen und Bürger dächten beim Thema „Reformen der Europäischen Union“ zunächst einmal an eine Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip. Wenn jetzt also 95 % der Empfehlungen umgesetzt würden und sich bei den nicht umgesetzten 5 % das Einstimmigkeitsprinzip befinde, dann dürfe es nicht heißen, dass der ganze Prozess unnötig gewesen sei, dass er nichts gebracht habe und dass einmal mehr gesehen werde, dass sich die Europäische Union gar nicht reformieren wolle. Es werde eine gemeinsame Aufgabe sein, da am Ball zu bleiben.

Deshalb nehme die SPD-Fraktion die Anregung von Herrn Abg. Frey eines Follow-up-Antrags im Herbst gern auf.

Ansonsten habe der Staatssekretär die SPD-Fraktion in seinen Ausführungen und seiner Beurteilung auf seiner Seite.

Abg. Alena Trauschel FDP/DVP schloss sich im Wesentlichen den Ausführungen ihres Vorredners an und ergänzte, auch die FDP/DVP-Fraktion würde gern ein gemeinsames Statement abgeben.

Es sei zu begrüßen, dass die Bürgerdialoge dauerhaft etabliert werden sollten. Es wäre aber auch wichtig, die Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger schon im Vorfeld der Rechtsetzungsverfahren zu berücksichtigen. Denn es sei immer schwierig, etwas, was auf dem Papier stehe, noch zu ändern.

Grundsätzlich sollten solche Prozesse auch einmal für das Land angeschaut werden, um auch dort die Möglichkeit zu schaffen, wieder mehr mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Die Menschen hätten Hunger auf Politik und wollten an den Prozessen beteiligt werden. Ihres Erachtens sollte das überall, wo es irgend möglich sei, berücksichtigt werden.

Abg. Emil Sänze AfD äußerte, Baden-Württemberg habe wohl die Benchmark für die Bürgerbeteiligung gesetzt.

Nach dem, was er am Montag in den Gesprächen in Brüssel vernommen habe, komme der Konvent wahrscheinlich eher nicht. Er halte es für sehr schwierig, dann einen demokratischen Prozess vollumfänglich zu setzen, zumal die Kommission auch betone, dass sie ihr Initiativrecht unter Berücksichtigung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit voll in Anspruch nehmen werde. Da fange für ihn die Trennschärfe an. Ihn interessiere, inwieweit sich die Kommission Rechte nehme, die ihr dann gar nicht zukämen. Das sehe er noch nicht ganz geklärt. Da sollte noch einmal nachgefasst werden. Doch habe er noch nächste Woche im Rahmen der Beratung des von der AfD zu Europa eingebrachten Antrags in der 43. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg Gelegenheit, darzustellen, wie sich die AfD das vereinigte Europa konkret vorstelle.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/2857 Kenntnis zu nehmen.

18.7.2022

Frey